

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

3.4.1930 (No. 80)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einj. 32,50 RM. ... Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Aus den Ländern

Die Reichsgelder für Thüringen sind bezahlt. In einer Berliner offiziellen Pressemitteilung ist bestritten worden, daß dem Lande Thüringen die angeblich — wohl ab 1. April laufenden Jahres — gesperrten Reichsgelder schon überwiesen seien.

Um das Thüringische Ermächtigungsgesetz. Bei der Verabschiedung des thüringischen Ermächtigungsgesetzes im Landtag kündigte der Fraktionsredner der Sozialdemokraten, Abg. Dr. Brüll, künftig die Anwendung außerparlamentarischer Mittel zur Bekämpfung des Ermächtigungsgesetzes an.

Der Haushalt der preussischen Provinzen. Eine interessante Zusammenstellung der Haushaltspläne der einzelnen Provinzen Preussens veröffentlichte Reichsanwalt Dr. Meier in der „Zeitschrift für Selbstverwaltung“.

Ablehnung des kommunalistischen Auflösungsantrags in Sachsen. Im sächsischen Landtag wurde am Dienstag ein kommunalistischer Antrag auf Landtagsauflösung in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Endgültige Regelung der Arbeitslosenversicherung noch vor der Sommerpause. Wie aus Berlin berichtet wird, sind die Regierungsparteien in Abereinstimmung mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald und Reichsfinanzminister Dr. Meißner dahin übereingekommen, daß die endgültige Regelung der Arbeitslosenversicherung noch vor der Sommerpause des Reichstags erledigt wird.

Der Reichspräsident hat am Mittwoch an den zum 1. April aus seinem Amt scheidenden Reichsbanpräsidenten Dr. Schacht ein Dankschreiben gerichtet, in dem er vor allem Schachts Leistung um die Schaffung einer festen Währung ins Gedächtnis zurückruft und bedauert, Schacht gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt aus dem Amte scheiden zu sehen.

Kommunistische Wählerarbeit in der Reichswehr. Die politische Polizei hat nach Blättermeldungen in Neu-Ruppin drei Kommunisten verhaftet, die Verfestungsarbeit in der Reichswehr getrieben haben.

Letzte Nachrichten

Sieg der Regierung Brüning Die Mißtrauensanträge mit 252 gegen 187 Stimmen abgelehnt

W.B. Berlin, 3. April. (Tel.) In der heutigen Reichstagsitzung wurden um 1 Uhr die Mißtrauensanträge gegen das Reichskabinett mit 252 gegen 187 Stimmen abgelehnt.

W.B. Berlin, 3. April. (Tel.) Die Deutschnationalen stimmten gegen die Mißtrauensvoten. Die heutige Sitzung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, die um 11 Uhr begann, war nur von kurzer Dauer.

Vor der Entscheidung. W.B. Berlin, 3. April. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett war heute vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten, in der die Möglichkeiten der Entwidlung im Reichstag beraten wurden.

Die Londoner Konferenz

W.B. London, 3. April. (Tel.) Die von Briand und Genèron vereinbarte Formel hat nach Andeutungen verschiedener Blätter nicht den Beifall des französischen Ministerpräsidenten gefunden.

Aufgeklärter politischer Word

W.B. Nauen, 3. April. (Tel.) Am 12. August 1928 wurde der landwirtschaftliche Verwalter Hans Malcher, Angehöriger des Stahlhelms, auf der Landstraße Nauen-Wulfersmark mit vielen Stichwunden aufgefunden.

Revision der Enteignungspolitik in Rußland

W.B. Moskau, 3. April. Das Zentralrechtlichkomitee und der Rat der Volkskommissare sind auf Beschluß des Zentralkomitees der kommunistischen Partei bevollmächtigt, Kollektivwirtschaften eine Reihe von Vergünstigungen zur Verbesserung der Lage dieser Wirtschaften und ihrer Mitglieder zu gewähren.

Werkstättenfahrt des „Graf Zeppelin“

W.B. Friedrichshafen, 3. April. (Tel.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute vormittag 8.35 Uhr zu seiner ersten diesjährigen Fahrt, unter Führung von Kapitän Lehmann, aufgesegelt.

Gemeindenöte und ihre Ursachen

Von Stadtv. Carl Düppel

Die Krise der Selbstverwaltung, von der heute so viel gesprochen wird, ist in erster Linie eine Finanzkrise. Aber die finanzielle Not der Gemeinden kann nicht überall ausschließlich auf die Verminderung der Steuereinnahmen, auf die wachsende Verschuldung und die dadurch verursachten Zinslasten zurückgeführt werden.

Wenn man hier überhaupt von einer Schuld reden kann, so liegt sie ganz gewiß nicht in erster Linie bei den Kommunalverwaltungen. Durch die große Reichsfinanzreform von 1920 hatte man den Kommunen nur noch für das Gebiet der Realsteuern die bisherige Steuerhoheit gelassen.

Man wollte sich nicht überholen lassen in bezug auf die Modernisierung der städtischen Einrichtungen. So wurden in zahlreichen Städten Festhallen, Stadien, Flugplätze, Messe- und Ausstellungsgebäude, Häfen, Schwimmbäder, Grünanlagen, Hotels usw. geschaffen.

In Leipzig hat man für einen Museumsbau, dessen Kosten ursprünglich auf 1,95 Millionen RM veranschlagt waren, mehr als 7 Millionen RM veranschlagt, und einige weitere Millionen als Nachforderungen dürften noch folgen.

Die Stadt Frankfurt a. M., sicherlich eine der fleißigsten deutschen Großstädte, geriet in finanzielle Schwierigkeiten und mußte das Rechnungsjahr 1929/30 mit einem Fehlbetrag von 4,8 Millionen Reichsmark abschließen.

Aus ganz ähnlichen Gründen lastet heute auf der Stadt Köln eine Schuld von nicht weniger als 256 Millionen Reichsmark, die die Steuerkraft der Stadtgemeinde offenbar weit über-

Mit der Beilage: 42. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

...eicht. Während man sich als Gesamtvereiner auf etwa 83 Millionen Reichsmark beziffert, erfordert allein die Verzinsung der städtischen Schulden einen Betrag von 25 Millionen Reichsmark jährlich.

Diese drei Beispiele zeigen recht deutlich die Ursachen der kommunalen Not. Das Tempo der Ausgabenentwicklung war allzu schnell, weil man mit wachsenden Einnahmen gerechnet hat, die uachher infolge der allgemeinen Verschlechterung der Wirtschaftslage ausblieben. Bei vorsichtigerer Finanzpolitik hätte man diese Schwierigkeiten vermeiden können. Man hätte dann freilich nicht auf so große kulturelle Leistungen aller Art hinweisen können, man wäre vielleicht von anderen Städten auf diesem oder jenem Gebiet in den Schatten gestellt worden. Aber man hätte eine gesunde Finanzwirtschaft getrieben und brauchte sich heute nicht schwere Sorgen um die Balancierung des städtischen Haushalts zu machen, brauchte nicht die Bürger durch übermäßige Steuerzuschläge aller Art zu überlasten und zu verärgern. Etwas weniger Optimismus in bezug auf die Möglichkeit der Finanzierung der verschiedenen, gewiß sehr wünschenswerten kommunalen Bauten und Einrichtungen würde die Finanznöte der deutschen Kommunen wesentlich mildern. Das Bewußtsein, daß wir in einer Zeit schwerster Volksnot leben, muß künftig mehr als bisher die Kommunalpolitik leiten.

Politische Kundgebungen in Berlin

Am Mittwochnachmittag und -abend veranstalteten fast alle politischen Parteien Kundgebungen in Berlin, teils in Sälen, teils auf freien Plätzen. Sie sind ohne größere Zwischenfälle verlaufen.

Die Nationalsozialisten hatten eine Versammlung in den Sportpalast einberufen, wo u. a. Minister Dr. Frick sprach. Er wendete sich in scharfen Worten gegen Severing. Dann sprach er von dem Gerücht, daß Hitler die deutsche Staatsangehörigkeit durch Thüringen erhalten solle, und bezeichnete es als größtes Unrecht, einen Frontsoldaten, der 4 1/2 Jahre auf Seiten Deutschlands gekämpft habe, die Reichsangehörigkeit zu verweigern.

Das Reichsbanner hatte auf vier verschiedenen Plätzen der Stadt um 8 Uhr abends ebenfalls Kundgebungen veranstaltet. Die Kommunistische Partei hatte zu 6 Uhr abends eine Kundgebung in den Lustgarten einberufen. In zahlreichen Lokalen hatten außerdem der Stahlhelm, der Jungdeutsche Orden, die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Sozialdemokratische Partei usw. Versammlungen einberufen. Alle diese Veranstaltungen sind ziemlich ruhig verlaufen.

Kommunistischer Schulstreik in Berlin

In vier Volksschulen in Berlin-Neukölln versuchten die Kommunisten einen Schulstreik durchzuführen, der sich gegen die Sparmaßnahmen in den Schulen, angeblichen Abbau der schulärztlichen Fürsorge und Verletzung von Lehrpersonen richtete. Die Polizei hatte rechtzeitig Beamte vor den Schulen bereitgestellt, um Zwischenfälle zu verhindern. Gegenüber bereitstehenden, übertriebenen Pressemeldungen ist es nirgends zu Zusammenstößen gekommen. Wo die Kommunisten versuchten, die Kinder gewaltsam am Schulbesuch zu verhindern, schritt die Polizei sofort ein, so daß der Unfriede in allen Klassen durchgeführt werden konnte.

Die Saarregierung gegen die Saargängerfürsorge

Eine Beschwerde über die deutsche Saargängerfürsorge hat die Regierungskommission des Saargebietes in einer Note an die deutsche Reichsregierung erhoben, in der behauptet wird, der Arbeitsmarkt im Saargebiet werde durch diese Unterstützung ungünstig beeinflusst.

Die Unterstützung ist bekanntlich dadurch notwendig geworden, daß die im Saargebiet erfolgende Entlohnung in Franken die im preussischen und pfälzischen Grenzgebiet wohnenden Lohnempfänger, die ihre Ausgaben zu Hause in Reichsmark zu machen haben, benachteiligt. Wie es heißt, will die Saarregierung von der deutschen Regierung die Einstellung der Unterstützungsmaßnahmen fordern, um dadurch den Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt im Saargebiet zu begegnen, andernfalls sie zu Repräsentanten, nämlich zu einer Sperrung der Grenze gegen den Arbeiterverkehr von den deutschen Grenzgebieten greifen werde.

Freiheitstelegramm des Reichskanzlers an Siegfried Wagner. Der Reichskanzler hat anlässlich des Hinscheidens von Frau Cosima Wagner ihrem Sohne, Siegfried Wagner, in Bayreuth telegraphisch seine und der Reichsregierung herzlichste Teilnahme ausgesprochen.

Starker amerikanischer Fremdenstrom nach Europa. Aus New York wird gemeldet: Trotz des Wörtentrachs vom letzten Jahre und den Ratsschlägen Hoovers an die Amerikaner, ihre Fertigkeiten in den Vereinigten Staaten zu verbringen, glaubt man doch, daß die Zahl der nach Europa reisenden Amerikaner alle bisherigen Rekordziffern übersteigen werde. Die Vlagdelegation auf den Ozeandampfern für den kommenden Sommer ist bereits um 30 000 gegenüber dem Vorjahre auf rund 1,15 Millionen angefüllt.

Kleine Chronik

In Coburg wurde im Prozeß wegen des Zusammenbruchs des Bankhauses Haesler & Hüblig (Coburg) der geschäftsführende Inhaber, Bankier Eduard Hüblig, wegen fortgesetzter Depotunterschlagung zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Der mitangeklagte Prokurist Hans Niermann erhielt wegen Beihilfe 1 1/2 Jahr Gefängnis. In dem Bankhaus herrschte in haarsträubende Zustände. Im Depotwerten wurden 314 000 M. veruntreut, während Hüblig auf großem Fuß lebte. Alle älteren Angestellten hatten ihre Konten mit großen Beträgen überzogen.

Vom Turm des Straßburger Münsters, der gegenwärtig repariert wird, haben sich am Dienstag mehrere Steine losgelöst. Ein Student wurde von einem herabfallenden Stein am Kopfe getroffen. Er mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus verbracht werden.

Auf das Warenhaus von Lick auf dem Jungfernstieg in Hamburg wurde ein Sprengstoffanschlag verübt. Im Treppenaufgang wurde erheblicher Schaden angerichtet. Als großes Glück ist es zu betrachten, daß die ganze Sprengwirkung nach oben ging, wo die zahlreichen Fensterscheiben dem Aufdruck wenig Widerstand boten. Andernfalls hätte ein namenloses Anklid angerichtet werden können, da das Warenhaus um die Abendstunden stark besucht war.

Der frühere Rechtsanwalt Dr. Ahrens, der vor vier Jahren in Berlin nach großen Betrugsereien seine Praxis in der Mohstraße im Stiche ließ und nach Konstantinopel floh, hat sich nun dem Berliner Untersuchungsrichter gestellt.

Der Lloyd-Dampfer „München“, der am 11. Februar in New York nach einem verheerenden Brand im Laderaum unter Wasser gesetzt werden mußte, konnte Mittwoch abend durch Auspumpen 10 Fuß über die Wasserlinie gehoben werden. Man erwartet, daß der Dampfer Freitag oder Samstag nach Brooklyn ins Trockendock gebracht werden kann.

Die Reichstagsdebatten

zur Regierungserklärung

Die Reichstagsführung am Mittwoch wurde wie gemeldet, durch eine Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Weisbach eröffnet. Er suchte zunächst den Austritt der Sozialdemokraten aus der früheren Regierung damit zu rechtfertigen, daß die Ersetzung der ursprünglichen Regierungsvorlage durch den Kompromißvorschlag, der einen Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung ermöglichte, für die Arbeiterschaft unerträglich sei. Er übte dann scharfe Kritik an der Zusammensetzung des neuen Kabinetts und an der Art seines Zustandekommens. Das Eingreifen des Reichspräsidenten bei dieser Gelegenheit widerspreche dem Geiste und dem Wortlaut der Verfassung. Es würde auch eine Verfassungsverletzung sein, wenn der Reichstanzler den Artikel 48 anwende, obwohl die Voraussetzungen dazu, Gefährdung der Ordnung und Sicherheit des Staates, nicht gegeben sei. Ein Kabinett, in dem drei Gegner der Ratifizierung des Youngplans sitzen, biete nicht die Gewähr für eine Fortführung des bisherigen politischen Kurses. Die Sozialdemokraten wüßten wohl, daß ihr Mißtrauensvotum zu einer Reichstagsauflösung führen könne, aber sie fürchteten Neuwahlen in feiner Weise. — In etwas schärferer Tonart und mit vielen Seitenhieben gegen die Sozialdemokraten, kündigte der kommunistische Abgeordnete Pieck der Regierung Kampf bis aufs Messer an.

Abgeordneter Schläge von der Christlichnationalen Bauernpartei begrüßte an der neuen Regierung gerade das, was Dr. Weisbach getadelt hatte, die Abkehr von den bisherigen Methoden, die Schlinge eine Überspizung des Parlamentarismus nannte. Die Christlichnationalen Bauern seien nach wie vor Gegner der von Dr. Curtius geführten Außenpolitik, aber sie würden die neue Regierung unterstützen, um das Rettungswort für die Landwirtschaft zu ermöglichen.

Die Vertreter der übrigen Parteien beschränkten sich auf die Verlesung formulierter Erklärungen. Durchaus zustimmend waren die Erklärungen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei. Die Baurische Volkspartei und die Wirtschaftspartei machten keine Einschränkungen hinsichtlich des Finanzprogramms. Die Demokraten äußerten wegen der Zusammensetzung des Kabinetts Sorgen und Bedenken, wolle sie aber zurückstellen, um der Regierung die Arbeit zu ermöglichen. Am ganzen zustimmend äußerten sich auch die Vertreter der Christlichnationalen Arbeitsgemeinschaft, der Deutschen Bauernpartei und der Deutsch-Sammobaner.

In der Sitzung am heutigen Donnerstag wurde die Aussprache über die Regierungserklärung fortgesetzt. Zunächst spricht Abg. Graf zu Reventlow (Nat. Soz.). Er ist bei der allgemeinen Unruhe kaum verständlich. Die Weiterentwicklung der bisherigen Außenpolitik bedeute die weitere Verflattung des deutschen Volkes. Die Regierung Brüning sei geschaffen worden, um die Widerstände gegen die Durchführung des Youngplans zu brechen.

Abg. Nibel (Komm.) macht sich darüber lustig, daß die Augenbergschule jetzt für die Regierung stimmen werde (Gor! Gor!).

Reichstanzler Brüning erklärt, daß die Regierung an die Beratung der Hilfsmassnahmen für den Osten sofort aus eigener Initiative und auf besonderen Antrag des Reichspräsidenten herangegangen sei. Artikel 48 werde nur angewandt, wenn sich kein anderer Ausweg biete. Die Entscheidung habe der Reichstag in kurzer Zeit selbst zu geben.

Nach dem Reichstanzler Brüning ergreift Abg. Dr. Eugen-berg (D. Natl.) das Wort. Seitern nachmittag habe die Fraktion mit Dreiviertelmehrheit beschlossen, im Falle der Ablehnung eines Vertagungsantrages, dessen Zweck auf schleunigste Vorlage der Agrargesetze gerichtet war, dem Kabinett das Mißtrauen auszusprechen. Auf meine — so fährt der Redner fort — im Einvernehmen mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Oberfahren angelegte Anregung hat die Fraktion heute einmütig die Abgabe einer Erklärung beschlossen, daß die Partei jeden Vorstoß unterstützen werde, von dem irgendeine mögliche Besserung der Lage der Landwirtschaft erwartet werden kann. Die Deutschnationale Volkspartei lehnt heute den sozialdemokratischen und den kommunistischen Mißtrauensantrag ab im Wunsche auf die von der neuen Regierung mit starken Worten angeführten Maßnahmen zum Schutze der schwer leidenden Landwirtschaft und des gefährdeten Ostens. Wir sind uns völlig darüber einig, daß wir für diese Regierung und ihre Handlung nicht die mindeste Verantwortung tragen. Wir sehen aber keine Veranlassung, dem Reichstanzler in den Arm zu fallen, wenn er die Verantwortung übernehmen will. An dem von Herrn Schiele und der deutschnationalen Fraktion verlangten Zahlungsaufschub für die notleidenden Gebiete wird nicht vorbeizutommen sein. Den politischen Handelsvertrag werden wir entsprechend unserer bisherigen Haltung auch jetzt ablehnen. Die Regierungserklärung ist in keiner Weise geeignet, das Mißtrauen zu zerstreuen, das wir angesichts der Zusammensetzung der Regierung Brüning hegen. Wir haben gegenüber den Absichten und der Zusammenlegung des neuen Kabinetts ein weitgehendes Mißtrauen. In erster Linie gründet sich dieses Mißtrauen auf die Aufrechterhaltung der Koalition mit dem Marxismus in Preußen und auf der nationalen Rechte gegenüber befundene Haltung. Wir werden zu dem uns richtig erscheinenden Zeitpunkt die Folgerungen aus diesem Mißtrauen ziehen.

Niederlage der englischen Regierung im Oberhaus. Die englische Regierung erlitt am Dienstag im Oberhaus bei einer Debatte über ihre Absicht, den „Kadettenkorps“ und „Kadettenbrigaden“ (in denen Knaben, meist unter 16 Jahren, militärische Ausbildung erhalten) Geldbewilligungen und Anerkennung zu entziehen, eine Niederlage, die in politischen Kreisen als bedeutungslos angesehen wird.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Nach einem heiteren und warmen Tage, an dem erstmalig in diesem Jahre die Lufttemperaturen der Rheinebene über 20 Grad stiegen, zog gestern abend Bewölkung auf; nachts fiel allenthalben Regen. Am westlichen Eingang des Armeeanals ist ein Sturmwirbel erschienen, der vorausichtlich kurz nach Osten einfiel und uns bei aufsteigenden Winden durchgreifende Verschlechterung bringen wird. Eine ausgedehnte Regenfront liegt bereits über Frankreich und wird uns noch heute erreichen. Im Gegensatz zu der außergewöhnlich milden Bitterung unseres Gebietes ist heute noch in Ostdeutschland durch einen Kälteeinbruch aus Rußland ein Rückfall zu winterlichem Wetter und Schneefällen erfolgt. Die dadurch bedingten Temperaturgegensätze werden in den nächsten Tagen die Erhaltung von Tiefdruckgebieten über Mitteleuropa begünstigen. Wetterausichten: Veränderlich bei frischen Südwestwinden. Durchzug eines Regengebietes, etwas kühl, aber noch mild.

Vom Deutschen Falkenorden. Prof. Heßinger von der Vogelwarte Hagenwörth in Karlsruhe wurde bei der Jahresversammlung des Deutschen Falkenordens einer Vereinerung zum Schutze der Raubvogelwelt, in Neppen zum ersten Vorsitzenden gewählt. Die nächstjährige Veranstaltung des Deutschen Falkenordens findet in Karlsruhe statt.

Einführung der Sommerzeit. In der Nacht vom 12. auf den 13. April 1930 wird in folgenden westeuropäischen Staaten die Sommerzeit eingeführt: Belgien, England, Frankreich, Holland, Portugal und Spanien. Damit wird die westeuropäische Zeit (WZ) mit der mitteleuropäischen (MEZ) übereinstimmen. Die holländische (Amsterdamer) Zeit (AZ) geht der MEZ 20 Minuten vor.

Badischer Teil

Annahme des Kultusetats

(52. Sitzung.)

DJ. Karlsruhe, 3. April 1930.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des Pflastergeldes und die Ausscheidung von Landstrafen.

Der Bad. Städteverband hat eine Eingabe zum Schulauflandsgesetz an den Landtag gerichtet.

Zur Verlesung kommt die Entschliessung einer Versammlung der Metzervereine der Stadt und Pflasterbesitzer von Weingarten wegen Entschädigung von an Malaria eingegangenen Pferden.

Verlesen wird ferner die Antwort des Ministeriums des Innern auf eine kurze Anfrage der sozialdemokratischen Abgeordneten Weismann und Schweiler wegen Maßnahmen bei starkerer

Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe.

Die badische Regierung hat im Reichsrat gegen die Aufhebung der Steuererlässe gestimmt. Erreicht wurde aber nur, daß die betreffenden Bestimmungen erst am 1. Oktober 1931 in Kraft treten sollen. Die Regierung wird sich im Falle starkerer Arbeitslosigkeit im Reichsrat dafür einsetzen, daß für beschäftigungslos werdende Tabakarbeiter entweder für anderweitige Arbeitsgelegenheit gesorgt oder Reichsmittel zwecks Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt werden.

Auf der Tagesordnung steht

Die Zweite Lesung des Dotationsgesetzes

Hierzu haben die Abgeordneten Dr. Baumgartner (Zentr.) u. Gen. einen Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt. Die Opposition hat ihre Anträge erneut eingebracht.

Zunächst nimmt Abg. Ewald (Ev. Vd.) das Wort. Er behauptet, daß die eingehende Erörterung des Dotationsgesetzes auf dem unfruchtbaren Boden des Streites erfolgte. Man hätte sich bemühen sollen, durch Verhandlungen eine billige Einigung auf allen Seiten zu finden. Das Bedürfnis müßte auch heute ausschlaggebend sein. Der evangelische Volksstimm wurde durch die Vorlage geschädigt. Der Evang. Volksdienst protestierte gegen die Einbringung des Gesetzesentwurfes, ohne daß die evangelische Kirchenbehörde gehört worden sei, ebenso gegen die Haltung der Regierungsparteien. Man sollte die Zuwendungen lieber ganz fallen lassen, damit sie nicht länger einen Gegenstand des Streites und der Ungerechtigkeit bilden.

Abg. Bod (Komm.) bekämpft die Vorlage, wobei er Kritik an der Haltung der Sozialdemokraten übt. Weder der Gesetzentwurf, noch die Oppositionsanträge stellten einen Abbau dar.

Abg. Dr. Mattes (D. Vp.) gibt seiner Verwunderung Ausdruck, daß bei der Verabschiedung eines so wichtigen Gesetzes und Etats der Minister abwesend sei.

Präsident Duffner unterbricht den Redner mit der Bemerkung, daß der Minister entschuldigt sei, weil er zu einer dringlichen Reichstagsung nach Berlin mußte. (Lebhaftes Zurufe auf den Rängen der Opposition. — Große Anruhe im Hause.)

Abg. Dr. Mattes fortfahrend: Wir sind dem Präsidenten dankbar für die Mitteilung, das ist keine Entschuldigung, der badische Minister hat bei Erledigung seines Etats anwesend zu sein. (Zustimmung der Opposition; lebhaftes Gegenrufen in den Reihen der Regierungsparteien. Erneut große Anruhe.) Der Redner begründet nochmals die Haltung der Opposition. Der Minister sei sachlich und formal untreu. Eine Verständigung mit den Kirchen wäre sehr wohl zu erreichen gewesen.

Abg. Dr. Schmitthener (Dnatl.) hält es für einen unerträglichen Zustand, daß der Minister bei dieser Auseinandersetzung mit ihren tiefen Meinungsverschiedenheiten nicht zugegen ist. Das beweise, daß es dem Minister bei diesem Gesetz keineswegs innerlich wohl sei. Das Gesetz sei auch unvernünftig, da es der Idee der Zusammengehörigkeit der christlichen Kultur zuwiderlaufe. Man spalte die christliche Front. Dem Zentrum sei die Durchführung der Vorlage nur mit Hilfe der Sozialdemokraten möglich geworden. Man möge die Dotationen gleichmäßig und gänzlich abbauen.

Abg. Hügle (Dem.) will aus, ein höherer Beamter des Rath. Oberstiftungsrats habe von einer „sogenannten Parität“ gesprochen. (Stürmische Rufe hüben und drüben. — Große Anruhe.) Er, der Redner, lehne den Gesetzentwurf nicht nur aus rein konfessionellen, sondern auch aus nationalen Gründen ab, da er nicht geeignet sei, dem inneren Frieden zu dienen.

Abg. Hoffmann (Dem.) leitet eine kurze Erklärung seiner Fraktion mit der Bemerkung ein, die Regierungsparteien seien nicht gewillt gewesen, etwas zu einer friedlichen Lösung beizutragen. Die Erklärung selbst besagt: Die demokratische Fraktion betrachtet die Vorlage nach wie vor als den Ausdruck des ungerechten Nachwillens der Regierungsparteien. Sie wird in dieser Auffassung bestärkt angesichts der Abhängigkeit der Sozialdemokraten vom Zentrum. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn man den Frieden der Kirchen und im Staate mehren will, dann ist der gleichmäßige Abbau das beste Mittel zur Aufschaltung von in dieser Zeit doppelt gefährlichen Konflikten.

Von den Regierungsparteien nimmt niemand mehr das Wort.

Der Hauptantrag der Opposition (Abprozentiger Abbau innerhalb 5 Jahren) wird mit 51 gegen 29 Stimmen abgelehnt, ebenso der Ewualantrag mit 53 gegen 23 Stimmen bei 8 Stimmenthaltung.

Alsdann wird das Gesetz in Zweiter Lesung in namentlicher Abstimmung mit 49 gegen 31 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung (des Abg. Spielmann von der Wirtschaft. u. Bauernpartei) angenommen.

Anher den Regierungsparteien stimmte noch der Abg. Hilbert (Wirtsch. u. Bauernp.) für die Regierungsvorlage.

Für den Ausschussantrag, das Gesetz für dringlich zu erklären, wird die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht.

Das Haus geht dann zur Beratung des Kultusetats über. Bei der Abstimmung über Kapitel 2 kommt es zu förmlichen Auftritten

wie man sie bisher im badischen Parlament noch nicht erlebt hat. Der Präsident fragt zunächst, wer gegen die Anforderungen sei. Es ergibt sich die Ablehnung durch die gesamte Opposition. Das veranlaßt die Sozialdemokraten, die sich bei früheren Abstimmungen zum Kultusetat immer der Stimme enthalten hatten, diesmal mit dem Zentrum für den Etat zu stimmen. Darüber entsteht bei den Kommunisten ein großes Halloh. Frau Langendorf flacht mit den Händen, es erlöset der Ruf: Grundgesetz! Im ganzen Hause gibt es ungeheuren Lärm, der es dem sozialdemokratischen Fraktionsführer Maier zunächst unmöglich macht, eine Erklärung abzugeben (Glocke des Präsidenten).

Der Abg. Maier begründet die Haltung seiner Fraktion und spricht von „Schindluderpolitik“ der Opposition. Es erhebt sich auf neue ein ungeheurer Lärm. Alle oppositionellen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, verlassen unter erregten Zurufen den Saal. Der Präsident läutet wiederholt mit der großen Glocke. Die Kommunisten rufen den Sozialdemokraten „Kassentrichter“ usw. zu. Dem Präsidenten Duffner gelingt es schließlich, dem Wortgeplänkel zwischen beiden Parteien ein Ende zu machen, und der Abg. Maier fährt in seiner Erklärung fort: Da man aus der ganz wesentlichen Frage der Dotation eine politische Angelegenheit allerersten Ranges gemacht hat, haben wir unsere Stellungnahme ändern müssen und für den Kultusetat gestimmt (Erneuter Lärm bei den Kommunisten, Gegenrufe aus den Reihen der Regierungsparteien. — Abg. Maier ruf, der Präsident möge über die Kommunisten einen Kübel Wasser schütten!).

Darauf betritt der kommunistische Abg. Bod zur Abgabe einer Erklärung das Rednerpult. Er setzt sich mit den Sozialdemokraten auseinander, die von den Kommunisten mit Zurufen wie: „Anechtsheulen seid ihr!“ bedacht werden. In den Wortlaut dringt auf neue der Klang der großen Präsidentenglocke. Der kommunistische Abg. Böning erhält drei Ordentlichkeitsrufe. Von Zentrumseite kommt der Ruf: Klaus! Böning erwidert mit der Bemerkung „Schamloses Verhalten“ und verläßt auf Aufforderung des Präsidenten den Saal.

Der Fraktionschef des Zentrums, Abg. Dr. Baumgartner, gibt alsdann eine Erklärung ab, worin er das Verhalten der Opposition als unverständlich bezeichnet. Es habe niemals im badischen Parlament ein derartiges Exzess stattgefunden, ehe der Präsident eingegriffen habe, was ihm allerdings in dem großen Lärm fast unmöglich gewesen wäre. Unverständlich seien auch die Worte, mit denen man gegen die Dotationen gestimmt habe; denn es handle sich hier um Reichsverpflichtungen oder um Fragen, deren Rechtsnatur zum mindesten nicht bestritten sei. Wenn sich die sozialdemokratische Fraktion bisher der Stimme enthielt, so war dies aus ihrer grundsätzlichen Einstellung heraus zu verstehen; sie habe aber auch das politische Gefühl, daß vertragliche Verpflichtungen nicht einfach abgelehnt werden könnten.

Abg. Mülders (Sozem.) erklärt: Durch unsere heutige Abstimmung wurde in keiner Weise unser grundsätzlicher Standpunkt verletzt. Hätte die Opposition wie bisher gestimmt, so hätten wir uns der Stimme enthalten. Bei ihr habe es sich darum gehandelt, die beiden Regierungsparteien auseinander zu manövrieren. Diesen Gefallen habe man der Opposition nicht tun wollen, aus taktischen und grundsätzlichen Erwägungen heraus (Zustimmung der Sozialdemokraten).

Darauf wird der ganze Voranschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts mit den Stimmen der anwesenden Regierungsparteien gegen vier kommunistische Stimmen angenommen.

Nächste Plenarsitzung unbestimmt.

Der Haushaltsauschuss

beriet am Mittwoch den Voranschlag des Finanzministeriums. Der Finanzminister gab zunächst Auskunft über den Stand der Frage des Finanzausgleiches und über die Abführung der Postgelder. Die Gelder aus Post und Eisenbahn sind in Berlin für längere Zeit zentralisiert. In der Stellung des Staates zu den Beamtenrentenklassen hätten sich keine Schwierigkeiten gezeigt.

Das Kapitel Ministerium wurde erledigt; Überschreitungen lagen nicht vor.

Die Einrichtung von Autolinien gab Veranlassung zu deutschparteilicher Seite, das Verhalten der Reichsbahn-Gesellschaft zu beanstanden. Der Widerstand der Reichsbahn sei unverständlich. Bei den Kraftlinien selbst bringe die Monopolisierung eine Verteuerung für das Publikum, da der nicht konfessionelle Unternehmer häufig billigere Tarife habe. Der Finanzminister weist auf die Reparationsverpflichtungen hin, denen Reichsbahn und Reichspost Rechnung tragen müßten. Zum Zwecke der rascheren Postzustellung brauche die Post Autolinien, wodurch die bisherigen privaten Verkehrsunternehmen überflüssig würden. Die meisten Kraftunternehmer führen aus Konkurrenzgründen unter Selbstkosten. Eine postalische Autolinie zwischen Heidelberg und Wiesloch wurde von verschiedenen Seiten als unnötig bezeichnet. Gegen die Mittelbadische Eisenbahngesellschaft und deren Direktor wurden von nationalsozialistischer Seite Beanstandungen vorgebracht. Die durch den Bau der Schlusseeisenbahn geschädigten Unternehmer sollten entschädigt werden. Der Finanzminister verteidigte den Direktor der Mittelbadischen Eisenbahngesellschaft gegen die obigen Angriffe.

Beim Kapitel Hochbauwesen stellt der Berichterstatter die Anfrage, wie sich die Übernahme der Reichsbangehäfte in die Verwaltung des Landes bewährt habe. Der Finanzminister erklärte die Mitübernahme durch den Staat als das einzig richtige. Bezüglich der Vorwürfe anlässlich des Altimtenbaues in Freiburg betonte der Finanzminister, er habe über die Ausführung nicht zu verfügen. Er habe nur die Gelder und die Leute zu stellen und lediglich verlangt, daß der Oberbaudirektor Hirsch in der Kommission mitzureden habe. Der mit dem Altimtenbau beauftragte Teil des Freiburger Baubüros sei vereinigt worden. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Zusammenlegung der den Bau betreffenden Angelegenheiten in eine Hand befürwortet. Die übereinstimmende Auffassung, daß alle Bauarbeiten im Neffort des Finanzministeriums vereinigt werden sollen, wurde vom Finanzminister begrüßt.

Aus der badischen Industrie

Kün. igitungen bei der Sunlicht-Gesellschaft in Mannheim. Ende Mai geschieht die Verlegung der Hauptverwaltung der Sunlicht-Gesellschaft nach Berlin. Von den zur Zeit beschäftigten 200 Büroangestellten gehen etwa 50 mit nach Berlin, weitere 50 bleiben in Mannheim für die kaufmännische Fabrikationsleitung. Etwa 100 meist jüngere und weibliche Büroangestellte, auch Aushilfskräfte, kommen zur Entlassung. Das Sunlicht-Propaganda-Institut, in dem etwa 40 bis 50 Personen beschäftigt sind, bleibt in Mannheim. Die Fabrikation wird nicht verlegt werden, im Gegenteil hofft man, die Mannheimer Fabrikation erweitern zu können.

Die Wieslocher Tonwarenindustrie hat wieder ihren Betrieb aufgenommen. Die ganze Belegschaft wird in den nächsten Tagen wieder volle Beschäftigung finden.

Der Saatenstand in Baden Anfang April 1930

St. L. A. Die Herbstsaaten sind im allgemeinen gut durch den außerordentlich milden Winter gekommen. Die Felder würden sehr reich grün und zeigen mit wenig Ausnahmen einen gesunden und kräftigen Bestand.

Die Frühjahrseinstellung hat begonnen und wird bei andauernd günstiger Witterung fleißig durchgeführt; auch das Kartoffelsetzen ist vielerorts schon im Gang. Gerste- und Hafersaaten beginnen da und dort anzulaufen.

Umpflügungen werden in größerem Maß bei Getreide- und Kleckern voransichtlich nur vereinzelt notwendig. An tierischen Schädlingen wird hauptsächlich und aus allen Landesgegenden über starke Zunahme der Feldmäuse geklagt. Obgleich ihre Bekämpfung allerorts energisch betrieben wird, ist ein wesentlicher Rückgang der gefräßigen Rager bis jetzt noch nicht überall erkennbar.

Landeseisenbahnrat

Am Montag, den 31. März, hat in Karlsruhe die 10. Sitzung des Landeseisenbahnrats stattgefunden.

Der Vorsitzende, Reichsbahndirektionspräsident Frhr. von Esh, gab zunächst einen Überblick über die Wirkungen des Youngplans auf die Reichsbahn, das neue Reichsbahngesetz und die Finanzlage der Reichsbahn sowie über die Neuordnung des Dienstes, der Amtler der Reichsbahndirektion Karlsruhe. Bei der Beratung des Jahresfahrplans wurden die vorgesehnen Verbesserungen anerkannt und eine Reihe noch bestehender Wünsche vorgebracht. Im Personen-, Gepäc-, Expedit- und Güterverkehr wurde auf die seit der letzten Sitzung eingetretene Änderungen und Verbesserungen hingewiesen. Im Mittelpunkt der sich über den Güterverkehr anschließenden Aussprache stand die Frage des Wettbewerbs zwischen Lastkraftwagen und Eisenbahn, die insbesondere aus dem Standpunkt der Allgemeinheit (Volkswirtschaft und Steuerzahler) erörtert wurde.

Zum Schluß sind noch folgende Anfragen oder Anträge außerhalb der Tagesordnung behandelt worden: Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn für das Land Baden, Westgrenzprogramm und Elektrifizierung der Reichsbahnstrecken.

Reichsbahn und Wirtschaft

Auf Einladung der Reichsbahndirektionen Karlsruhe und Stuttgart fand am 2. April in Stuttgart eine Zusammenkunft von Vertretern der am Großgüterverkehr in den beiden Direktionsbezirken beteiligten Wirtschaftszweige statt, deren Zweck die Besprechung der voraussichtlichen Entwicklung des Güterverkehrs im Jahr 1930 bildete.

An der Zusammenkunft nahmen seitens der Reichsbahn die Präsidenten der Reichsbahndirektionen Karlsruhe und Stuttgart, Frhr. v. Esh-Ribbenack und Eish, mit den zuständigen Delegationen teil, seitens der Wirtschaft über hundert Herren, durchweg führende Persönlichkeiten aus den Kreisen von Industrie, Handel und Landwirtschaft. Die Darlegungen der Vertreter der Wirtschaft lieferten, wenn auch die Voraussetzungen in der Hauptsache sich nur auf „Mutmaßungen“ stützen konnten, ein sehr interessantes Material.

Zusammenkünfte dieser Art zwischen Vertretern der Reichsbahn und der Wirtschaft in den Reichsbahndirektionsbezirken Karlsruhe und Stuttgart sollen künftig zu einer ständigen Einrichtung werden und jährlich einmal abwechselnd in Karlsruhe und Stuttgart stattfinden.

Das Urteil im Beleidigungsprozess Mauritus

In dem vor dem Karlsruher Schöffengericht behandelten Beleidigungsprozess Mauritus erkannte Oberstaatsanwalt Dr. Heinsheimer in seinem Plädoyer den Idealismus an, mit dem der Angeklagte seine wohnungspolitischen Ziele verfolgte. Er durfte aber nicht soweit gehen, gegen den Minister des Innern grundlose Verdächtigungen zu erheben. Leider sei da und dort die Neigung anzutreffen, den Entscheidungen oberster Stellen ungeschickliche Motive zu unterstellen. Die Autorität des Staates und seiner Repräsentanten müsse geschützt werden. Angesichts der Schwere der Beleidigungen sei eine empfindliche Geldstrafe am Platz. — Der Nebenkläger, Rechtsanwalt Dr. Marum, schloß sich diesem Antrage an. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Günner, trat für eine milde Beurteilung des Falles ein. Das Gericht kam nach einstündiger Beratung zu folgendem Erkenntnis: Mauritus wird wegen fortgesetzter öffentlicher Beleidigung zu 200 M. Geldstrafe, evtl. 20 Tagen Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens einschließlich der Nebenklage verurteilt. Dem beleidigten Minister wurde die Befugnis zugesprochen, das Urteil binnen drei Wochen nach erlangter Rechtskraft auf Kosten des Angeklagten durch einmaliges Einrücken in „Führer“, „Badischer Beobachter“ und „Volkstreue“ öffentlich bekannt zu geben.

In der Urteilsbegründung brachte der Vorsitzende zum Ausdruck, daß dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis gänzlich mißlungen sei. Für das Ministerium und den Minister hätten rein sachliche und rechtliche Erwägungen den Ausschlag gegeben. Die Entscheidung stütze sich auf den § 7 der Gemeindeordnung. Gerade der Beleidigte sei es gewesen, der das Letzte versuchte, um dem Begehren des Angeklagten zu einem Erfolg zu verhelfen. Als alles scheiterte, habe er sich den gemeindepolitischen Bedenken nicht mehr verschließen können. Der Schuldsatz § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) ließe dem Angeklagten nicht zu. Bei der Strafzumessung sei berücksichtigt worden, einmal, daß die Beleidigungen für einen Mann an führender Stelle des Staates nicht scharfer und herzloser ausgesprochen werden konnten, dann habe man in Betracht gezogen, daß Mauritus noch unbestraft ist, daß er sich bei seiner Einstellung und idealen Auffassung durch die Entscheidung des Ministeriums des Innern getränkt fühlte, also nicht aus Bosheit gehandelt hat. Aus diesen Gründen hat das Gericht von einer Gefängnisstrafe abgesehen.

Die Einzigerlegung bei Rehl

Die Regulierung der Einzigerlegung bei Rehl, die in kürzester Frist in Angriff genommen werden soll, soll von der Einmündung der Schutter erfolgen und durch Einschaltung eines stachen Bodens in gerader Richtung in den bereits gradlinig angelegten unteren Lauf wieder einmünden. Die zu regulierende Strecke hat eine Länge von 2500 Meter, die erforderliche Bodenbewegung beträgt auf dieser Strecke rund 400 000 Kubikmeter.

Durch diese Regulierung werden die Landstrassen Offenburger-Wilfling, Rehl und Maitatt-Rehl, die heute bei dem früheren alten Bahnhof sich vereinigen, überschritten und bedürfen ebenfalls der Umlegung. Die Eisenbahndirektion selbstverständlich ebenfalls über den neuen Einzigerlauf durch eine neue Brücke überführt werden. Alle diese Arbeiten fallen in den sogenannten ersten Bauabschnitt. Der zweite Bauabschnitt sieht die Geradelegung des Einzigerlaufes bei der Ortschaft Neumühl auf einer Strecke von rund 450 Metern vor. Die Bodenbewegung beträgt hier circa 80 000 Kubikmeter. Diese Geradelegung und Eindämmung wird notwendig, um das Hochwasser von der Ortschaft Neumühl und den zukünftigen Grenzüllbahnstrecke fernzuhalten. Ebenso wird die Erstellung einer neuen Brücke im Zug der Kreisstraße Neumühl-Sundheim und die Anlegung eines Wehres und einer Dampfbohrung erforderlich. Der dritte Bauabschnitt sieht die Regulierung der Schutter bei Sundheim vor, die ebenfalls zum Hochwasserschutz des Ortes notwendig ist. Die Bodenbewegung beträgt hier circa 60 000 Kubikmeter. Zur Durchführung der gesamten Arbeiten ist eine Bauzeit von drei Jahren vorgesehen, bei einer Beschäftigung von durchschnittlich 250-300 Arbeitern.

Aus der Landeshauptstadt

Berechneter Zugverkehr in Baden ab 1. April. Ab 1. April sind hauptsächlich ab den größeren Städten Sonntags eine Reihe von weiteren Ausflugszügen vorgesehen, die aus den Kursbüchern ersichtlich sind. Es empfiehlt sich, bei Ausflügen auf die verbesserte Fahrgelegenheit zu achten.

Die Sonntagsrückfahrkarte für die Ostsee. Für den Ausflugs- und Reiseverkehr am Ostsee ist es wichtig, zu erfahren, daß die Gültigkeit der Sonntagsrückfahrkarten zu diesem Termin eine so große Erweiterung ihrer zeitlichen Dauer erfahren hat, daß mit dieser Einrichtung eine Osterreise von Gründonnerstag bis Osterdienstag ausgedehnt werden kann. Die Hin- und Sonntagsrückfahrkarten kann am Gründonnerstag von 12 Uhr an sowie an den Tagen Karfreitag, Ostermontag und Osterdienstag angetreten werden. Die Rückfahrt kann am Karfreitag stattfinden, am Karntag nur bis 9 Uhr, am Ostermontag und Osterdienstag jederzeit sowie am Dienstag bis 9 Uhr. Außerdem können an den Tagen, an denen die Rückfahrt bis 9 Uhr morgens angetreten sein muß, also am Karntag und Osterdienstag, alle Züge zur Rückfahrt auch nach 9 Uhr benutzt werden, wenn die Zielstation, die auf der Sonntagsfahrkarte angegeben ist, bis 9 Uhr morgens verlassen, wenn die Rückfahrt von Zwischenstationen aus angetreten wird.

Eine Erfrischungsstätte im Hardwald. Wie vom Verkehrsverein mitgeteilt wird, besteht die Absicht, in dem auf dem Wege vom Blankenlocher Bahnhof nach Eggenstein liegenden Forsthaus ein Kaffee- und Bierauschank einzurichten. Bekanntlich wurde vor kurzem der Wirtschaftsbetrieb in der Waldwirtschaft Stutensee eingestellt, ohne daß bisher an anderer Stelle Ersatz geschaffen worden wäre. Das Forsthaus wurde kürzlich von privater Seite käuflich erworben, und auch Verhandlungen mit einer hiesigen Brauerei zwecks Einrichtung des Restaurationsbetriebes sind bereits im Gange.

Die Errichtung von Außenantennen bei Radioanlagen hat schon — wie von städtischer Seite mitgeteilt wird — manchmal zu Unzuträglichkeiten geführt, insbesondere soweit dabei die Überspannung fremden Grund und Bodens, z. B. öffentlicher Straßen und Plätze, erfolgte. Wiederholt haben solche Antennenanlagen an den Leitungen der Feuermelder und elektrischen Uhren Störungen hervorgerufen, die erst nach längerem Suchen behoben werden konnten. Bei Anwendung der nötigen Vorsicht und Sorgfalt, vor allen Dingen bei Beachtung der Genehmigungsbedingungen, lassen sich aber Schäden von vornherein vermeiden. Von dem Verständnis der Rundsprechteilnehmer wird es abhängen, ob man auf diesem Gebiet polizeiliche Vorschriften vermeiden kann.

Jahrmärkte . . .! Zum viertenmal veranstaltet der Verein Jugendhilfe den so rasch beliebt gewordenen „Jahrmärkte für Jung und Alt“ zugunsten des Karlsruher Kinderkolonies in Donaueschingen. Die vergangenen drei Veranstaltungen brachten zusammen einen Reingewinn von 70 000 M., ein an und für sich erfreuliches Ergebnis. Doch fehlen noch die Mittel für die Einriedigung und die gärtnerischen Anlagen des Kinderkolonies. Der diesjährige Jahrmarkt soll also der Beschaffung dieser Mittel dienen. Ein Neuenprogramm mit den verschiedensten Überraschungen ist bereits aufgestellt. Während man in den vergangenen Jahren die Geschäftswelt um Geschenke für die Verlosung hat, werden dieses Jahr diese Gegenstände alle gekauft, und zwar ausnahmslos in hiesigen Geschäften. Der Aufbau, die Dekoration und vieles andre mehr wird ausschließlich von hiesigen Künstlern bzw. Geschäftsleuten ausgeführt. 40 bis 50 bezahlte Hilfskräfte werden aus Erwerbslosentreffen geholt. Der „Jahrmarkt für Jung und Alt“ dient also verschiedenen guten Zwecken. Er verdient daher die vollste Unterstützung aller Kreise. Der Jahrmarkt dauert dieses Jahr vom 26. April bis 4. Mai.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	3. April	2. April
Amsterdam 100 G.	168.07	168.41
Kopenhagen 100 Kr.	112.08	112.30
Italien . . . 100 L.	21.845	21.985
London . . . 1 Pfd.	20.358	20.399
New York . . . 1 D.	4.1855	4.1935
Paris . . . 100 Fr.	16.37	16.41
Schweiz . . . 100 Fr.	81.00	81.16
Wien 100 Schilling	58.975	59.095
Prag . . . 100 Kr.	12.394	12.414

Der Zeitdiskont wurde für beide Sichten um je 1/2 Proz. auf 4 1/2 Proz. ermäßigt.

Diskontermäßigung in der Schweiz. Die Schweizerische Notenbank hat den Wechseldiskont von 3 1/2 auf 3 Proz., den Lombardzinsfuß von 4 1/2 auf 4 Proz. ermäßigt.

Die Entwicklung der Schweizer Industrie

Das Eidg. Statistische Amt veröffentlicht die Resultate der letzten Zählung der industriellen Unternehmungen. Danach zählt die Schweiz 8500 Fabriken mit 409 000 Arbeitern, gegen 7800 Fabriken mit 387 000 Arbeitern zur Zeit der letzten Zählung im Jahre 1923. Parallel dieser Zunahme geht auch diejenige der insgesamt von Schweizer Fabriken verwendeten Pferdekräfte, die von 517 000 (1923) auf 689 000 (1929) gestiegen sind; dabei ist die Kraft der Elektrizitätswerke nicht berücksichtigt. Seit 1882 hat sich die in den industriellen Unternehmungen verwendete Motorkraft verzehnfacht.

Metall- und Maschinenindustrie nehmen den ersten Rang mit 1700 Fabriken und 115 000 Arbeitern ein. Eigentlich wären diesen Zahlen auch noch die 48 000 in den über 1100 Uhrenfabriken

tätigen Arbeiter beizufügen, da die letztgenannte Industrie in die-
selbe Kategorie einzureihen ist. In der ehemals an erster Stelle
stehenden, jetzt aber von der Metallindustrie überflügelt Textil-
industrie überwiegt das weibliche Element. Die Baumwollindu-
strie weist 35 000 Arbeitskräfte auf, wovon 21 000 Frauen die Sei-
denindustrie, 82 000 Arbeitskräfte, worunter 22 000 Frauen und
die Wollindustrie 7800 mit 4800 Frauen.

Die übrigen mit Rücksicht auf ihre Arbeiterzahl wichtigen In-
dustrien sind die Nahrungsmittelindustrie (26 000), die chemische
Industrie (13 000), die Gruppe der Holzindustrie (27 000), das
graphische Gewerbe (14 000) usw.

Abgelehnte Verschmelzung der Konsumvereine. Die Spar-
und Konsumgenossenschaft in Furtwangen ist durch verschie-
dene Ursachen notleidend geworden. Unzweckmäßige Geschäfts-
führung, Wechsel im Geschäftsführer, die Einwirkung der
Wirtschaftslage haben dazu geführt, daß Furtwangen an die
Konsumgenossenschaft Triberg herantrat, um durch eine Ver-
schmelzung die Sanierung herbeizuführen. Die Konsumge-
nosenschaft Triberg behandelte die Frage in einer außer-
ordentlichen Mitgliederversammlung. Die fast 10 000 M
beitragenden Schulden der Furtwanger könnte durch Einbe-
haltung von 2 Prozent der auf 5 Prozent sich stellenden Rück-
vergütung getilgt werden. Bei der Abstimmung wurde die
satzungsmäßig nötige Zweidrittelmehrheit für die Verschmel-
zung nicht erreicht, da von 139 Anwesenden nur 79 mit Ja,
aber 60 mit Nein stimmten. Die Vereinigungspläne sind
damit hinfällig geworden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Art. 8 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes enthält:
Gesetz: Bekämpfung der Vienenjucken. Bekanntmachung des
Justizministers: Die Führung der Grund- und Handbücher
in der Zwischenzeit. Verordnung des Ministers der Finanzen:
Vertretung des Landesfiskus in Angelegenheit des Bür-
gerschaftsicherungsgesetzes.

Hd. Heidelberg, 1. April. In der letzten Zeit ist eine An-
zahl Mannheimer Firmen dazu übergegangen, die ländliche
Bevölkerung zum Kauf in Mannheim kostenlos durch Auto-
busse von ihrem Wohnort abzuholen und wieder zurückzubrin-
gen. Gegen dieses Vorgehen hat bereits bei den Angehörigen
des Handels und Gewerbes der Palz, in Heidelberg, Schwein-
zungen usw. zu Gegenmaßnahmen geführt. In Aufzügen
werden dort Firmen und Gewerbetreibende aufgefordert, bei
Mannheimer Firmen und Gewerbetreibenden nicht mehr zu
bestellen. Die Vorteile der kostenlosen Her- und Rückfahrt
der ländlichen Käufer sollen lediglich den Mannheimer Wa-
renhändlern zugute kommen, während der Einzelhandel den
Schaden für diese Maßnahmen sowohl am Platze wie auch
von außerhalb auf sich nehmen muß.

Hd. Königshofen, 31. März. Die alte Tauberbrücke, die
den Verkehrsanforderungen in keiner Weise mehr genügt,
wird im Laufe dieser Woche abgebrochen werden. An ihrer
Stelle wird eine neue moderne Brücke entstehen.

Hd. Sandhausen, 2. April. Auch hier bewirkt die enorme
Preisrückgang von Tabak und Hopfen eine bedeutende Ver-
minderung der entsprechenden Anbauflächen. Von 56 Hektar
Hopfen wurden bis jetzt 10 Hektar ausgetauscht und eine
weitere Verringerung steht noch in Aussicht. Der Erlös aus
der vorjährigen Hopfenernte (1400 Zentner), die an
Qualität dem berühmten Saager (Böhmen) Hopfen gleich-
kam, betrug pro Zentner 55—60 M, während sich die Pro-
duktionskosten für den Zentner auf 130 M stellen. Von den
17 Hektar Tabak aus dem Jahre 1928 bestehen nunmehr nur
noch 12 Hektar und ein weiterer Rückgang ist auch da
bemerkbar. Dagegen kann man hier ein stetes Anwachsen
der Spargelkulturen beobachten. Vom Jahre 1928/29 wuchs
die Gesamtanbaufläche von 15 auf 25 Hektar und in diesem
Jahre rechnet man bereits schon mit etwa 30—35 Hektar.

Hd. Wühl, 2. April. Der Stadtschreiber und Markt-
meister Heinrich Landherr, der 44 Jahre im Dienste der Stadt-
gemeinde Wühl tätig war, ist in den wohlverdienten Ruhe-
stand getreten.

Hd. Siringen (Amt Bruchsal), 1. April. Die Lage in der
Tabakindustrie hier gestaltet sich noch schlechter; die Arbeits-
zeit soll von 32 auf 24 Stunden verkürzt werden, dabei zählt
man hier schon 400 Arbeitslose.

Hd. Klein, 1. April. Die zu Beginn des Winters zum Teil
stillgelegten, zum Teil stark eingeschränkt arbeitenden Kalt-
werke werden von heute an wieder voll beschäftigt sein.

Hd. Wiesloch, 3. April. Die Umstellung auf den modernen
Obstbau im Bezirk Wiesloch hat bereits erfolgreiche Fort-
schritte gemacht. Sämtliche Obstbauorganisationen haben ein
nach einheitlichen Richtlinien aufgestelltes Arbeitsprogramm
für ihre Mitglieder herausgegeben. Zur Durchführung der
Vermittlerrolle der Landwirtschaftskammer zwischen der von
der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft beabsichtigten
Obstbörse und den Erzeugern wird nach dem Vorbild der
holländischen Auktionshallen in Sandshausheim aus Mitteln
des Kreises und der Landwirtschaftskammer eine große
Versteigerungshalle errichtet.

Staatsanzeiger

**Wahl des Ausschusses der Bad. Versicherungsanstalt für
Gemeinde- und Körperschaftsbeamte.**

Unter Bezugnahme auf meine Veröffentlichung vom 24. Fe-
bruar 1930 (Staatsanzeiger Nr. 51 vom 28. Februar 1930) gebe
ich hiermit bekannt, daß innerhalb der gefestigten Frist vom 11.
bis einschließlich 31. März 1930 nur je eine Wahlvorschlags-
liste der Gemeinden und Körperschaften sowie der Mitglieder
der Versicherungsanstalt für die Wahl des Ausschusses der
Bad. Versicherungsanstalt für Gemeinde- und Körperschafts-
beamte bei mir eingereicht und als gültig festgestellt worden
ist. Die beiden Listen enthalten folgende Namen:

- A. Wahlvorschlagsliste der Gemeinden und Körperschaften**
1. Georg Menges, Bürgermeister in Gernsbach, Vertreter;
Ernst Becherer, Bürgermeister in Friedrichsfeld, 1. Ersatzmann;
Karl Haag, Bürgermeister in Redarzhauzen, 2. Ersatzmann.
 2. Wilhelm Köstler, Bürgermeister in Niederzöppfheim, Ver-
treter; Hermann Sauer, Bürgermeister in Schwarzbach, 1. Er-
satzmann; Bruno Hofmann, Bürgermeister in Dinglingen,
2. Ersatzmann.
 3. Robert Völschweiler, Bürgermeister in Ziegelhausen, Ver-
treter; Christof Kling, Bürgermeister in Niefern, 1. Er-
satzmann; Adolf Seebler, Bürgermeister in Hardheim, 2. Er-
satzmann.
 4. Otto Welsch, Bürgermeister in Adolfszell, Vertreter; Josef
Trunzer, Bürgermeister in Säckingen, 1. Ersatzmann; Franz
Geeg, Bürgermeister in Schopfheim, 2. Ersatzmann.
 5. Adolf Meher, Bürgermeister in Weisbach, Vertreter; Wil-
helm Scheider, Bürgermeister in Aghert, 1. Ersatzmann;
Eugen Diebold, Bürgermeister in Tauberzöppfheim, 2. Er-
satzmann.
 6. Otto Karl Schemenau, Bürgermeister in Bretten, Ver-
treter; Josef Hügel, Überbürgermeister in Weinheim, 1. Er-
satzmann; Julius Teunt, Bürgermeister in Waldorf, 2. Er-
satzmann.
 7. Leopold Rüdert, Vorstandsmitglied der Allg. Ortskanten-
kasse Karlsruhe und Mitglied des Bad. Landtags in Karlsruhe,
Vertreter; Friedrich Mayer II. in Großsachsen, Vizepräsident
der Bad. Landwirtschaftskammer in Karlsruhe und Vor-
sitzender des Vorstandes der Allg. Ortskantenkasse in Großsachsen,
1. Ersatzmann; Ernst Blum, Vizepräsident der Hanowerts-
kammer in Karlsruhe, 2. Ersatzmann.
 8. Ernst Kaufmann, Bürgermeister in Haltingen, Vertreter;
Eduard Steinherr, Bürgermeister in Gerolzheim, 1. Er-
satzmann; Johann Holl, Bürgermeister in Stahringen, 2. Er-
satzmann.

- B. Wahlvorschlagsliste der Mitglieder der Versicherungs-
anstalt**
1. Christian Koch, Bürgermeister in Ladenburg, Vertreter;
Albert Birth, Bürgermeister in Eppingen, 1. Ersatzmann;
Wilhelm Haß, Bürgermeister in Redarzhauzen, 2. Ersatzmann.
 2. Christian Lerch, Waldmeister in Durlach, Vertreter; Georg
Werkel, Förster in Hüpfelsbach, 1. Ersatzmann; Albert Süß,
Forstwart in Graben, 2. Ersatzmann.
 3. Anton Ziegelmaier, Kantonsassistentenverwalter in Konstanz,
Vertreter; Friedrich Spall, Syndikus bei der Handwerkskam-
mer in Karlsruhe, 1. Ersatzmann; Otto Hollerbach, Rechnungs-
direktor bei der Landwirtschaftskammer in Karlsruhe, 2. Er-
satzmann.
 4. Eduard Singer, Polizeiwachmeister in Schweighingen, Ver-
treter; Karl Gaurb, Hausmeister in Durlach, 1. Ersatzmann;
Franz Müller, Feldhüter in Rühlod, 2. Ersatzmann.
 5. Karl Berson, Grundbuchamtsrat i. R. in Durlach, Ver-
treter; Martin Schüller, Maltschreiber in Triberg, 1. Er-
satzmann; Albert Fuchs, Maltschreiber in Kronau, 2. Ersatzmann.
 6. Nikolaus Milian, Stadtrechner in Gengenbach, Vertreter;
Karl Simon, Stadtrechner in Weinheim, 1. Ersatzmann;
Josef Pfeiffer, Rechnungsdirektor in Lörrach, 2. Ersatzmann.
 7. Adam Klein, Sparkassendirektor in Durlach, Vertreter;
Wilhelm Gillardon, Sparkassenhauptauffasser in Bretten, 1. Er-
satzmann; Karl Gebhard, Sparkassenverwalter in Grödingen,
2. Ersatzmann.
 8. Franz Enderle, Direktor der Stadt. Werke in Ettlingen,
Vertreter; Eduard Nagels, Stadtbaurat in Lahr, 1. Er-
satzmann; Rudolf Weigle, Stadtbaurat in Rastatt, 2. Ersatzmann.
- Gemäß § 44 Abs. 2 des Versicherungs-gesetzes für Gemeinde-
und Körperschaftsbeamte und § 9 der Wahlordnung gelten die
in den beiden Wahlvorschlagslisten genannten Vorgesetzten
als gewählt und es findet eine Abstimmung nicht mehr statt.
Die Wahllisten liegen vom Tage des Erscheinens der diese
Bekanntmachung enthaltenden Nummer des Staatsanzeigers
zwei Wochen lang während der Dienststunden zur Einsicht der
Beteiligten bei dem Unterzeichneten auf. Einsprachen gegen
die Wahl sind während dieser Auflegfrist bei mir schriftlich
oder mündlich unter sofortiger Bezeichnung der Beweismittel
anzubringen.
- Karlsruhe, den 2. April 1930.
Am Stadtag Nr. 1.
Der Wahlleiter:
C r a m p p.

Nach den Meldungen der Bezirksärzte waren am 31. März
1930 im Lande Baden verzeichnet mit:

Maul- und Klauenfunde:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Wühl	Großweier, Neusäß, Sasbach- walden
Freiburg	Niederrinsingen
Bfrozheim	Königsbach
Wolfach	Reichenbach
Schweinefunde und Schweinepest:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Bretten	Diedelsheim, Flehingen
Bruchsal	Stettfeld
Emmendingen	Bahlingen, Ebdingen
Heidelberg	Heidelberg-Handschuhheim
Karlsruhe	Karlsruhe-Beiertheim, Amlingen, Amlingen-Maxau
Lahr	Weisheim
Mannheim	Mannheim-Sandhofen, Schwein- zungen, Sedenheim
Neustadt	Wietingen, Woll, Kreenheinstetten, Langenhart, Leiberlingen
Offenburg	Oberarmersbach
Pforzheim	Eutingen
Sinsheim	Eppingen, Adelshofen, Gem- mingen, Hllingen, Obergimpert, Nicken, Schluchtern, Wienzen
Staufen	Tauberzöppfheim
Taubertshausheim	Tennenbrunn
Willingen	Dogern, Indlekofen
Waldshut	Hörsfeld
Wertheim	
Räude der Einhufer:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Karlsruhe	Staffort
Neuß	Kehl
Lahr	Schmieheim
Mannheim	Mannheim

Badisches Statistisches Landesamt.

Personeller Teil

**Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw.
der planmäßigen Beamten**

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
Zum Gendarmerieoberwachmeister Gendarmeriehauptwach-
meister Albert Kemmling in Todtnau, Amt Schopfheim.

Verteilt:
Verwaltungsoberssekretär Hermann Karzer beim Bezirks-
amt Waldshut zu jenem in Ettlingen.

Gemeinderundschau

Ein Ehepaar erhält das Ehrenbürgerrecht. Der Gemein-
dat von Säckingen hat den Eheleuten Albert Gersbach
das Ehrenbürgerrecht der Stadt zum Zeichen der dauernden
Dankbarkeit und Verehrung für die der Stadt und der All-
gemeinheit erwiesenen Wohltaten, verliehen. Bürgermeister
Trunzer überreichte den Eheleuten die künstlerischer
Form ausgestattete Ehrenbürgerurkunde. Gersbach ist der
dritte Ehrenbürger, seine Frau die erste Ehrenbürgerin der
Stadt Säckingen. Seine Vorgänger sind der Dichter Johann
Victor von Scheffel und der Maler Hans Thoma.

Der Bürgerausschuß des Ortes hatte sich auch mit dem Projekt
betr. den Bau eines Rumpwerkes zu beschäftigen. Die Kosten
dieses Werkes werden auf 100 000 M veranschlagt und sollen
teils durch Holzabgabe, teils durch Anleihe auf 40 Jahre ge-
deckt werden. Die Vorlage wurde mit großer Mehrheit ange-
nommen.

Sparmaßnahmen der Stadt Ludwigschafen a. Rh. Der
Stadtrat Ludwigschafen a. Rh. beschloß in seiner letzten
Sitzung umfangreiche Sparmaßnahmen, u. a. wird die Anstel-
lung und Beförderung für Beamte, Angestellte und Beamten-
anwärter bis 1. April 1931 gesperrt; das Existenzminimum
wird künftig erst vom 25. Lebensjahre statt bisher vom 21.
Lebensjahre eingeführt; die Altersgrenze für die in den Ruhe-
stand zu gehenden Beamten und Angestellten wird auf dem 65.
Lebensjahre belassen; alle verheirateten Angestellten und Ar-
beiter, die ihren Wohnsitz außerhalb der Ludwigschafener Ge-
meinde haben, sind verpflichtet, innerhalb zwei Jahren ge-
rechnet ab 1. April 1930, ihren Wohnsitz nach Ludwigschafen
zu verlegen; für die ledigen Beamten, Angestellten und Ar-
beiter ist eine Frist von drei Monaten festgelegt.

Schweizer Elektrizität für Baden. Dem Elektrizitätswerk
des Kantons Schaffhausen ist nach Anhörung der Kommission
für die Ausfuhr elektrischer Energie vom Bundesrat die Be-
willigung erteilt worden, während des ganzen Jahres etwa
2000 Kilowatt elektrischer Energie an badische Gemeinden
auszuführen. Die Schweizer Bezirke dürften aber nicht zu-
gunsten der badischen benachteiligt werden.

Oeffentl. Sparkasse Gerlachsheim

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Vermögen	Rh	Verbindlichkeiten:	Rh
1. Kassenbestand	2 203,47	1. Spareinlagen	210 121,55
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Post- scheckamt	34 417,09	2. Aufwertungs- spareinlagen	75 043,68
3. Darlehen auf Hypotheken	163 876,60	3. Giro- und Kontokorrent- einlagen	53 076,33
4. Darlehen in laufender Rechnung an Private	42 806,54	4. Anleihen	1 635,—
5. Darlehen a. Schuldschein	33 264,—	5. Rücklagen:	
6. Aufwertungsforderungen	42 987,20	a) ges. Reserve	5295,—
7. Aufwertungsabrechnung	25 698,65	6. Reingehörm 1929	5114,40
8. Einnahmerückstände	4 782,11		10 409,40
9. Guthaben	250,—		
	350 285,96		350 285,96

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 203 179,88 Rh Einlagen = 21 055,83 Rh
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 . . . 10 409,40 Rh
somit weniger 10 646,43 Rh

Gerlachsheim, den 25. März 1930. D.360
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsleiter:
gez. Melbert, Bürgermeister. gez. Günther.

Bekanntmachung

Gas- und Kühlanlage Karlsruhe G. m. b. H. in Karlsruhe.
Durch Gesellschaftsbeschluss vom 8. 3. 1930, wurde die
Gesellschaft aufgelöst. Zum Liquidator ist der Kauf-
mann Adolf Verberich, Georgstr. 37, Hannover, bestellt.
Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich
dortselbst zu melden.

Kommundarlehnen
vermittelt unter günstigen Bedingungen
JOSEPH LIEBMANN
Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

**Wir
werben
für Sie!**



Badisches Landestheater

Freitag, 4. April 1930
Sonderermiete „Reittheater“
5. Vorstellung
der Abteilung I
Zum erstmaligen
Amnestie

Schauspiel von Fimelnsburg
Regie: Paumbach
Mitwirkende:
Bertram, Ermath, Frauen-
dorfer, Genter, Quaiser,
Mademacher, Schreiner,
Seiling, Brand, Dahlen,
Gemmede, Graf, Herz,
Hiel, Höder, Hofbach, Juhl,
O. Kienischer, Klobbe,
Kühne, Landgrebe, Müller,
Prüter, Schulze, v. d. Trend,
Grimm, H. Kienischer,
Luther.

Anfang 20 Ende 22
Kein Kartenerwerb!
Sa., 5. April: Die Vikare
Drehfus, So., 6. April:
Die Meißnerfinger von

COLOSSEUM

Täglich 8 Uhr

**Jupp
Wilhelmi's
Lustige
Bühne**

Nürnberg. Im Konzert-
haus: Zum erstenmal:
**Der Mann, der seinen
Namen änderte.**
Mo., 7. April: Sonderermiete
„Reittheater“: Amnestie.

Triberg. D.359
Vereinsregistereintrag
unter D. 31: Fachgruppe
Schwarzwälder Wanduhren,
Triberg. Die Satzung ist
am 17. März 1930 errichtet
worden.
Triberg, den 2. April 1930.
Bad. Amtsgericht.